

Protokoll – öffentlicher Teil

92. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 29.05.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:20 Uhr
Ort, Raum: Raum "Sanssouci", Edisonallee 5 - 9, 14473 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Mike Schubert Oberbürgermeister

Mitglieder

Lars Eichert	CDU	Vertretung für: Wolfhard Kirsch
Eric Blume	DIE aNDERE	bis 20:07 Uhr
Matthias Finken	CDU	
Pete Heuer	SPD	
Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Andreas Menzel	Freie FRAKTION	
Dr. Sigrid Müller	Die Linke	
Arndt Sändig	DIE aNDERE	
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	Potsdam sozial gerecht	
Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	
Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	
Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Stefan Wollenberg	Die Linke	
Daniel Keller	SPD	Vertretung für: Dr. Sarah Zalfen
Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	

Abwesend

Mitglieder

Wolfhard Kirsch	CDU	entschuldigt
Chaled-Uwe Said	AfD	unentschuldigt
Dr. Sarah Zalfen	SPD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2.1 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.05.2024
- 11 Vergabe von sozialen Dienstleistungen - Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten an diversen Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration 24/SVV/0628
- 12 Vergabe eines Rahmenvertrags zum Hardware-Refresh der Server im Rechenzentrum der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, E-Government 24/SVV/0629
- 3 Berichterstattung zum Standortmarketing (TGZP)
gemäß Arbeitsplanung Hauptausschuss
- 4 Gymnasium im Brunnenviertel (35) – Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für Ausstattung der naturwissenschaftlichen Fachräume
Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport 24/SVV/0616
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Berichterstattung zum Projekt CampusLHP lt. Arbeitsplan des HA 2024
Oberbürgermeister, CampusLHP 24/SVV/0618
- 5.2 Ergänzende Mitteilung zur DS Nr.: 23/SVV/0942 Nachhaltiger Umgang mit ausrangierten Geräten, Möbeln und Bauelementen
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service (KIS) 24/SVV/0619
- 5.3 Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS
Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling 24/SVV/0462
- 5.5 Stellenentsperrung Haushalt 2023/24
Oberbürgermeister, Personal und Organisation 24/SVV/0565

- 5.6 Erste Eckpunkte zur Haushaltsaufstellung und -konsolidierung 2025 ff.
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling 24/SVV/0567
- 5.4 Organisationsuntersuchung im Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration bezüglich DS Nr.: 22/SVV/0119
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration 24/SVV/0484
- 5.7 Berichterstattung bezüglich "Aufwertung des Fortuna-Sportplatzes Am Stern"
gemäß Beschluss: 23/SVV/1254
- 5.8 Gemeinsames Forschungsprojekt Kommunale Berufe
- 6 Sonstiges
- 6.1 Vorabinformation über die Zustimmung zu einer landesweit einheitlichen Bezahlkarte für Geflüchtete (vorbehaltlich eines Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung nach der Kommunalwahl)

Nichtöffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 7.1 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.05.2024
- 8 Erweiterung des Jüdischen Friedhofs in der Puschkinallee
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit 24/SVV/0617
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Verlängerung Geschäftsführer-Anstellungsvertrag (EWP)
- 9.2 Verlängerung Geschäftsführer-Anstellungsvertrag (ViP)
- 9.3 SG Bornim

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Eingangs informiert der Oberbürgermeister über die vorliegenden Dringlichkeitsanträge

- **24/SVV/0628** - Vergabe von sozialen Dienstleistungen - Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten an diversen Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam
- **24/SVV/0629** - Vergabe eines Rahmenvertrags zum Hardware-Refresh der Server im Rechenzentrum der Landeshauptstadt Potsdam

und bittet, diese in die Tagesordnung aufzunehmen.

Unter Verweis auf eine am heutigen Tag veröffentlichte Pressemitteilung über die mit der Fachhochschule Potsdam abgeschlossene Forschungskooperation zur Sicherung kommunaler Fachkräfte soll der **Tagesordnungspunkt 5.8**, Gemeinsames Forschungsprojekt Kommunale Berufe **zurückgezogen** werden.

Wie verabredet, wird unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ über die Zustimmung zu einer landesweit einheitlichen Bezahlkarte für Geflüchtete informiert. Frau Palenberg, Beauftragte für Migration und Integration, wird dazu Stellung nehmen.

Darüber hinaus wird gemäß Beschluss 24/SVV/0611 ein Zwischenbericht bzgl. der Sofortmaßnahmen in der August-Bebel-Str. gegeben, ebenso zum Austritt der Landeshauptstadt aus der Wassertourismusinitiative.

Im Weiteren hat Herr Menzel darum gebeten, zum Pilotprojekt Tiefengeothermie TGT HMA und zum Sachstand des Klageverfahrens Satzung Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung **zu** berichten.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit **bestätigt**, bei drei Gegenstimmen.

2.1 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.05.2024

Zum **Protokoll** der 91. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08.05.2024 gibt es keine Hinweise; es wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

11 Vergabe von sozialen Dienstleistungen - Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten an diversen Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam

24/SVV/0628
ungeändert beschlossen

Für den Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, bringt Herr Krawinkel die Beschlussvorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein europaweites, offenes Vergabeverfahren mit dem Ziel der Vergabe von Aufträgen zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten ab dem 01.01.2025 an den Standorten:**
 - **Marquardter Chaussee 102/114 in 14469 Potsdam bis längstens 31.12.2028,**
 - **Ketziner Str. 92 in 14476 Potsdam bis längstens 31.12.2027,**
 - **Grotianstr. 13 in 14480 Potsdam bis längstens 31.12.2028,**
 - **Dortustr. 41A in 14467 Potsdam bis längstens 31.12.2029,****durchzuführen, auf das im Vergabeverfahren ermittelte jeweils wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag zu erteilen und einen entsprechenden Betreibervertrag abzuschließen.**

2. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein europaweites, offenes Vergabeverfahren mit dem Ziel der Vergabe von Aufträgen zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten ab dem 01.01.2025 bis längstens 31.12.2028 in Übergangs- bzw. Nutzungswohnungen an diversen Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam durchzuführen, auf das im Vergabeverfahren ermittelte jeweils wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag zu erteilen und einen entsprechenden Betreibervertrag abzuschließen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **13**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**

12 Vergabe eines Rahmenvertrags zum Hardware-Refresh der Server im Rechenzentrum der Landeshauptstadt Potsdam

24/SVV/0629
ungeändert beschlossen

Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, bringt die Beschlussvorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, eine Vergabe bezüglich eines Rahmenvertrags zum Hardware-Refresh der Server im Rechenzentrum der Landeshauptstadt Potsdam mit einer Gesamtpreisobergrenze von 1,4 Mio. Euro brutto durchzuführen. Der Rahmenvertrag soll eine Laufzeit von 4 Jahren haben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
 Ablehnung: 0
 Stimmenthaltung: 1

3 Berichterstattung zum Standortmarketing (TGZP)

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister die Geschäftsführerin der TGZP, Frau Kubein.

Anhand einer Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt) informiert Frau Kubein über die Entwicklung der Gründerzentren, die strategischen Ziele, die finanzielle Entwicklung/Planung und weitere Projekte bis zum Jahr 2027. Der Oberbürgermeister würdigt die Erfolgsbilanz und die Stabilität des Unternehmens auch in den schwierigen Zeiten.

Herr Dr. Scharfenberg schließt sich dem an und betont, dass das aus seiner Sicht aktive Wirtschaftsförderung sei, von der er sich noch mehr wünsche, um die vorhandenen Potenziale in Potsdam umfassend nutzen zu können.

Anlage 1 Präsentation - Stand der Zentren der TGZP (öffentlich)

4 Gymnasium im Brunnenviertel (35) – Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für Ausstattung der naturwissenschaftlichen Fachräume

24/SVV/0616
 ungeändert beschlossen

Die Beschlussvorlage wird vom Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Herrn Prof. Dr. Hafezi eingebracht. Frau Dr. Müller fragt, welche konkreten Maßnahmen hinter der angegebenen Deckungsquelle „Sanierung diverser Jugendclubs“ für die in Rede stehenden 400 T€ Mehrausgaben stehen und welche geplanten Vorhaben dadurch nicht realisiert werden können. Sie bittet darum, dazu in der morgigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu informieren. Nach Beantwortung weiterer Fragen wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Für Gymnasium Brunnenviertel (35) Ausstattung (Investitionsnummer:21350001) wird zur Deckung der Mehrauszahlungen die außerplanmäßige investive Auszahlung i.H.v. 400.000 EUR im Haushaltsjahr 2024 genehmigt.

Die Deckung bildet die Investitionsmaßnahme „Sanierung diverser Jugendclubs“ (Investitionsnummer: 23000005) mit Mitteln aus dem Jahr 2023.

Die Unabweisbarkeit in zeitlicher sowie sachlicher Hinsicht ist gegeben. Die Deckung der außerplanmäßigen Auszahlung i.H.v. 400.000 EUR soll aus der folgenden Investitionsmaßnahme erfolgen:

Invest.-Nr.:	Maßnahmenbezeichnung	Produktkonto	Summe
23000005	Sanierung div. Jugendclubs	3660000.7815000	400.000 €

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
 Ablehnung: 1
 Stimmenthaltung: 2

5 Mitteilungen der Verwaltung

5.1 **Berichterstattung zum Projekt CampusLHP lt. Arbeitsplan des HA 2024** **24/SVV/0618** zur Kenntnis genommen

Herr Beck, Leiter des Projektes Campus LHP, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt). Nach Beantwortung der zahlreichen Nachfragen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 Präsentation - Campus (öffentlich)

5.2 **Ergänzende Mitteilung zur DS Nr.: 23/SVV/0942 Nachhaltiger Umgang mit ausrangierten Geräten, Möbeln und Bauelementen** **24/SVV/0619** zur Kenntnis genommen

Herr Richter, Werkleiter Kommunaler Immobilienservice, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage und die derzeit geplanten Maßnahmen. In der sich anschließenden Diskussion äußern sich mehrere Mitglieder des Hauptausschusses kritisch zum derzeitigen Sachstand und betonen, dass seitens der Politik ein schnelleres und unkomplizierteres Vorgehen der Verwaltung erwartet werde.

Herr Richter erläutert die rechtlichen Regelungen, die das Verwaltungshandeln bestimmen und keine Spielräume in der gewünschten Art und Weise zulassen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

5.3 **Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS** **24/SVV/0462** zur Kenntnis genommen

Der Beigeordnete für Finanzen, Investitionen und Controlling, Herr Exner, erläutert anhand einer Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt) die vorläufigen Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 und die ersten Eckpunkte zur Haushaltsaufstellung und -konsolidierung 2025.

Anschließend fordert der Oberbürgermeister dazu auf, die Problematik nicht „auf die leichte Schulter“ zu nehmen, auch wenn noch nicht alle Informationen zur Verfügung stehen. Er verweist auf die geänderte Kostenstruktur – auch in den Eigenbetrieben – was Änderungen für die Haushaltsplanung nach sich ziehen werde.

Anschließend wird im Rahmen der Diskussion auf den „Ernst der Lage“ verwiesen und unterschiedliche Ansätze zur Haushaltsplanung und –konsolidierung sowie zur Zeitschiene diskutiert. Herr Exner betont, dass er keinen Kahlschlag favorisiere und es Ziel sein müsse, die Angebotsstruktur der Landeshauptstadt auf möglichst hohem Niveau zu erhalten. Da nicht nur die Kommunen, sondern auch Land und Bund mit Mindereinnahmen umgehen müssen, bedarf es einer guten Vorbereitung, die der Finanzbereich auch leisten werde. Insgesamt seien die Spielräume aber sehr gering.

5.5 Stellenentsperrung Haushalt 2023/24

24/SVV/0565
zur Kenntnis genommen

Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage und beantwortet die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

5.6 Erste Eckpunkte zur Haushaltsaufstellung und -konsolidierung 2025 ff.

24/SVV/0567
zur Kenntnis genommen

Siehe Tagesordnungspunkt 5.3

5.4 Organisationsuntersuchung im Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration bezüglich DS Nr.: 22/SVV/0119

24/SVV/0484
zur Kenntnis genommen

Für den Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, erläutert Herr Krawinkel die Mitteilungsvorlage, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

5.7 Berichterstattung bezüglich "Aufwertung des Fortuna-Sportplatzes Am Stern"

gemäß Beschluss: 23/SVV/1254

Der Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Herr Prof. Dr. Hafezi informiert, dass das Anliegen, im Zuge der Rahmenplanung Stern, ein Konzept zur Entwicklung des Sportareals Stern zu erstellen, nicht möglich ist. Der Ausschuss für Bildung und Sport plädierte nach einer entsprechenden Information für eine Machbarkeitsstudie. Dafür stehen aber kurzfristig keine Haushaltsmittel zur Verfügung. In Abstimmung mit dem Kommunalen Immobilien Service wird dieser diese Mittel in den Wirtschaftsplan KIS 2025 aufnehmen und wenn dieser beschlossen sei, könne gestartet werden

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass eine intensivere Nutzung der Flächen die Zielstellung gewesen sei, was sich auch im Ergebnis der Bürgerbeteiligung widerspiegeln. Deshalb war es naheliegend, das in die Rahmenplanung mit aufzunehmen. Warum das nun nicht gehe, sei unverständlich; um Sicherheit zu haben sollten beide genannten Varianten genutzt werden.

Darauf antwortet Herr Rubelt, dass hier von unterschiedlichen Ebenen auszugehen sei und nicht der Rahmenplan, sondern die Machbarkeitsstudie die bessere Maßnahme in diesem Fall sei.

Im Ergebnis der Information wird eine Berichterstattung zum weiteren Vorgehen für die Sitzung des Hauptausschusses im Dezember 2024 vereinbart.

5.8 Gemeinsames Forschungsprojekt Kommunale Berufe

Unter Verweis auf eine am heutigen Tag veröffentlichte Pressemitteilung über die mit der Fachhochschule Potsdam abgeschlossene Forschungs Kooperation zur Sicherung kommunaler Fachkräfte wird der Tagesordnungspunkt **zurückgezogen**.

6 Sonstiges

Zwischenbericht bzgl. der Sofortmaßnahmen in der August-Bebel-Str. - gemäß Beschluss 24/SVV/0611

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, informiert, dass im fachlich zuständigen Bereich Mobilität und technische Infrastruktur im aktuellen Haushaltsjahr keine Spielräume zur Abdeckung einer zusätzlichen Maßnahme i.H.v. 300 T€ in der Rudolf-Breitscheid-Straße bestehen. Darüber hinaus sind für Straßenbaumaßnahmen weitere Kostensteigerungen sowohl bei neuen Maßnahmen als auch bei bereits im Jahr 2023 begonnenen Maßnahmen zu beachten. Derzeit wird innerhalb des Geschäftsbereichs geprüft, welche Restmittel des Haushaltsjahres 2023 grundsätzlich zur Verfügung stehen und ob diese für die Durchführung einer Sofortmaßnahme in der Rudolf-Breitscheid-Straße verwendet werden können, allerdings sei noch nicht absehbar, ob ausreichende Restmittel des Haushaltsjahres 2023 zur Verfügung stehen.

Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor, wird aber noch bis Juni erwartet.

Austritt der Landeshauptstadt aus der Wassertourismusinitiative

Herr Bischoff, Büroleiter des Oberbürgermeisters informiert stellvertretend für die Leiterin des Bereiches Marketing, dass die Landeshauptstadt Potsdam beschlossen habe, aus der Wassertourismusinitiative auszutreten. Für die bisherige Mitgliedschaft war kein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Grundlage. Auch andere Mitglieder seien bereits ausgetreten, wodurch sich die Schlagkraft der Initiative deutlich verringert und die Mitgliedsbeiträge erhöht hätten. Die Zusammenarbeit lasse sich auch anders darstellen und das Thema werde zukünftig über die Potsdam Marketing und Service GmbH abgebildet.

Pilotprojekt Tiefengeothermie TGT HMA

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den technischen Geschäftsführer der EWP, Herrn Veil, der die Nachfragen von Herrn Menzel zum Pilotprojekt Tiefengeothermie TGT HMA und Wärmekonzept EWP (Stand der Ausschreibungen - Fördermittel, Kostenentwicklung, Finanzierung, Risiken Fördermittelverlust, Stand Zeitmaßnahmenplan - Meilensteine, Bautenstand Energiezentrale, Netzsicherheit, Standzeiten Materialien Komponenten im Kontext Förderzeitraum iKWK, Sicherheit des Aquifers etc.) beantwortet.

Sachstand des Klageverfahren Satzung Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, informiert, dass die Angelegenheit im Berufungsverfahren ist und keine Informationen vorliegen, ob es 2024 zu einer Verhandlung kommt.

6.1 Vorabinformation über die Zustimmung zu einer landesweit einheitlichen Bezahlkarte für Geflüchtete (vorbehaltlich eines Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung nach der Kommunalwahl)

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung DS-Nr.: 24/SVV/0206, so der Oberbürgermeister, liegt ein Votum gegen die Einführung einer Bezahlkarte vor. Mittlerweile müsse konstatiert werden, dass ein einheitliches Verwaltungshandeln im Mittelpunkt steht und sich alle Landkreise und kreisfreien Städte zur Bezahlkarte positioniert haben. Die Unterschrift der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) steht noch aus. Er schlägt vor, keinen „Einzelweg“ zu gehen und, dass sich die LHP an den Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Einführung einer Bezahlkarte beteiligt. Die dafür voraussetzende Unterschrift solle vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der neuen Stadtverordnetenversammlung geleistet werden.

Anschließend nimmt Frau Dr. Palenberg, Beauftragte für Migration und Integration, dazu Stellung, bewertet aus ihrer Sicht die Situation und plädiert für einen Potsdamer Weg ohne Bezahlkarte.

Der Oberbürgermeister betont, dass ohne Unterschrift keine Beteiligung an den vorbereitenden Arbeitsgruppen möglich ist und damit auch kein Einfluss auf die Rahmenbedingungen genommen werden könne.

In der sich anschließenden Diskussion werden Zweifel daran geäußert, dass ein Beschluss für die Bezahlkarte zustande kommt und eine Mitarbeit in den o.g. Arbeitsgruppen nicht möglich sei. Die Fraktionen Grüne/ B 90, Die Linke und DIE aNDERE sprechen sich nachdrücklich gegen eine Bezahlkarte aus.

Er nehme dieses Meinungsbild zur Kenntnis, so der Oberbürgermeister, und werde den Versuch unternehmen, die LHP auch ohne Unterschrift an den Arbeitsgruppen zu beteiligen. Er avisiert aber ein deutliches „nein“, weil es für diese Ausnahme keine Begründung gebe. Schlimmstenfalls sei Potsdam außen vor und werde im Alleingang einen Weg finden müssen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Mike Schubert

Heike Ziegenbein